

Wohin treiben die russländischen Eliten?

Meinungsforscher*innen in Russland, aber auch Antikriegsaktivist*innen konstatieren eine hohe Zustimmung zum Krieg in der Ukraine. Immer noch liegt dieser Wert zwischen 60 und 70 Prozent. Allerdings ist die Aussagekraft der entsprechenden Befragungen im Detail nur schwer einzuschätzen. Das Meinungsforschungsinstitut Russian Fields verweist bei der Präsentation der Ergebnisse einer Telefonumfrage zum Verhältnis der Russ*innen zum Krieg auf [eine von der Norm abweichend hohe Zahl von Ablehnungen](#) eines Interviews (88,5 Prozent) zu diesem Thema. Das lässt vermuten, dass sich hinter den hohen Zustimmungswerten durchaus mehr oder weniger tiefgehenden Kontroversen über Gegenwart und Zukunft Russlands verbergen. Die Moskauer Politologin [Tatiana Stanovaya](#) geht auf Grund persönlicher Beobachtungen im russländischen Establishment davon aus, dass hier viele die Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine verstehen, aber eigentlich keinen Krieg wollen. Lediglich die höchsten Ränge von Administration und Wirtschaft sowie die Konservativen am Rande des Machtzentrums scheinen den Krieg rückhaltlos zu bejahen.

Freilich bedeutet das nicht, dass in der Gruppe der potentiell kriegskritischen Eliten eine Strömung zum Umsturz des politischen Systems bestehen würde.

Momentan ist nicht zu entscheiden, wer in den Auseinandersetzungen innerhalb der russländischen Elite um die Zukunft Russlands als Sieger hervorgehen wird. Der Krieg in der Ukraine ist kein Selbstzweck, sondern Teil dieser Auseinandersetzung. Die verschiedenen Eliten-Fraktionen teilen sich weniger an ihrer Haltung zum Krieg, sondern eher an dieser Zukunftsfrage, auch wenn es natürlich Zusammenhänge zwischen den Bewertungen von Gegenwart und Zukunft gibt. Sehr grob gesagt geht es um die Frage, wie die immer noch vorhandene Abhängigkeit von Rohstoffexport und die Rückständigkeit weiter Teile der Industrie überwunden und dabei die Stellung Russlands in der internationalen Arbeitsteilung und in den internationalen Beziehungen gestaltet werden soll. Das ist keine neue Frage, sie ist die beherrschende seit dem Zusammenbruch der russländischen Wirtschaft im Jahr 1998, aber mit dem Krieg ist eine Entscheidungssituation entstanden. Gleichzeitig ist eine Diskussion nur schwer jenseits der durch Krieg und Sanktionen gesetzten Begrenzungen zu führen. Den Interessengruppen ist weitgehend gemeinsam, dass sie Russland in der Phase einer Mobilisierung sehen – aber in welche Richtung?

Bei der Diskussion dieser Frage sollte berücksichtigt werden, dass auf der politischen Ebene die Weichenstellung erst einige Wochen, höchstens wenigen Monaten vor Kriegsbeginn vorgenommen wurde. Gewährsleute aus Moskau vermerkten, dass sich dies in einer Veränderung des Kreises der für die Bestimmung der Außenpolitik maßgeblichen Entscheidungsvorbereiter äußerte. Das Außenministerium und sein Umfeld verlor weitgehend die Hoheit in diesen Fragen, während nun der Kreis um die Hochschule für Ökonomie in Moskau (VŠÉ/ВШЭ), den Valdai-Club und die Zeitschrift [Russland in der globalen Welt](#), einer Schwesterzeitschrift von Foreign Affairs, bestimmend wurde. Die Verschiebung des Gewichtes hatte unmittelbar nicht nur außenpolitische, sondern auch gesellschaftspolitische Konsequenzen. Allgemein wird eingeschätzt, dass dieser Kreis eng verbunden ist mit dem Sicherheits- und Militärapparat. Hier wird am entschiedensten die Vorstellung einer Selbstisolation in jeder Hinsicht (wirtschaftlich, politisch und geistig) gegenüber dem euroatlantischen Westen vertreten und die Selbständigkeit eines Blockes gemeinsam mit China, Indien, Iran und anderen einkalkuliert. Das ist passfähig zu in der Gesellschaft bestehenden Meinungen, dass der Westen Russland nie habe helfen wollen oder können. Der ausgesprochen nationalistische Tonfall der jetzt vorherrschenden Richtung ist verbunden mit einem stabilen, sich in alter russischer Herrschaftstradition sehenden sozialen und politischen Konservatismus, der letztlich

das herrschende Akkumulationsregime im Kern erhalten soll. Dabei geht es nicht um die Konservierung der Rohstoffabhängigkeit, wie wir sie bisher kannten, sondern um einen Umbau der Wirtschaft im Sinne der auf Modernisierung orientierten Nationalen Projekte im Rahmen eines patriarchalen politischen Systems, das von äußeren kulturellen und politischen Einflüssen abgeschirmt ist. Der Nationalismus ist Mittel, um öffentliche Zustimmung und Legitimation zu erreichen, nicht Ziel. Er ist das entscheidende Mittel, um den Umbau so zu gestalten, dass die sozialen, Umwelt- und Gewerkschaftsbewegungen keinen Raumgewinn in diesem Umbau erreichen. Daher die Tendenz, nun mit Gewalt, unter den Umständen einer faktischen Kriegswirtschaft, das, was früher nicht erreicht wurde (also eine grundlegende technische Modernisierung), durchzusetzen. So oder so wird das zu neuen scharfen Widersprüchen führen (wie sie sich jetzt schon an der anhaltenden Abwanderung von Akademiker*innen zeigt).

Das ist ein Bruch mit der Richtung, die in den 1990er Jahren mit der Etablierung des oligarchischen, „kriminellen“ Kapitalismus in Russland verbunden war. Die Einbindung in die Welt- und Weltfinanzmärkte war ein Merkmal dieser Herrschaft. Es wurde davon ausgegangen, dass durch ausländische Investor*innen Technologie ins Land strömen, die Konkurrenz entwickelt und damit die einheimische Wirtschaft stärker werden würde. Das war das Umfeld für die Entwicklung der Gruppierung der russländischen Eliten, die im Verlaufe der 2000er Jahre an politischem Einfluss verlor – eben die Oligarch*innen und ihre Ideolog*innen. Ideologisch gestützt wurde diese Schicht vor allem durch Egor Gaidar und Anatolij Chubais, die eine an den Idealen des Neoliberalismus orientierte Wirtschaftspolitik bei formaler Demokratie betrieben bzw. propagierten. Diese Strömung sammelte sich dann in den 2000er Jahren in der Gaidar-Stiftung (die gute Beziehungen zum FDP-Umfeld und offensichtlich auch zu den Grünen unterhielt oder auch noch unterhält) und in der Akademie für Volkswirtschaft und für den Staatsdienst beim russländischen Präsidenten. Politisch standen sie für eine Lesart bürgerliche Demokratie ohne handlungsfähige Arbeiter*innenbewegung bei minimalem Sozialstaat und ein mildes, nicht offensives Imperium. Chubais, zuletzt Beauftragter des Präsidenten für die Verbindungen zu internationalen Organisationen in Fragen der nachhaltigen Entwicklung, hat Russland vor einigen Tagen aus Enttäuschung über das Scheitern dieser letztgenannten Vorstellung [verlassen](#). Unklar ist, wie sich die neue Generation jenseits der Jahrgänge von Anatolij Chubais, Aleksej Kudrin oder Aleksej Navalny (die alle noch sowjetisch sozialisiert und Täter der ersten Jahre sind) nun verhalten wird.

Ein Antikriegskomitee, das bereits kurz nach Kriegsausbruch von Michail Chodorkowski [gegründet wurde](#), kommt aus dem gleichen Milieu der Profiteure der Schocktherapie. Chodorkowski hatte sich zu diesem Zeitpunkt in einem sehr [emotionalen Video](#) an seine früheren Mitstreiter*innen mit der Forderung gewandt, Widerstand zu leisten, ansonsten seien die Bande zwischen ihnen zerrissen. Dieses [Komitee](#) umfasst neben Unternehmer*innen auch Journalist*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen und ist eng mit dem Navalny-Umfeld verbunden. Medienplattformen, wie Meduza und andere noch verbliebenen bürgerliche Zeitungen gehören ebenso zu dieser Strömung, die den Krieg ablehnt. In Teilen der russländischen Öffentlichkeit werden deren Anhänger*innen als Verräter betrachtet. Bei aller Bedeutung der aufklärerischen Arbeit der mit dieser Richtung verbundenen Medien ist sie in der Defensive. Es ist zurzeit keine Persönlichkeit oder Idee zu sehen, die über ein „Putin muss weg“ hinausgeht. Leonid Wolkow aus dem Navalny-Umfeld [meint](#), eine allmähliche Verschiebung der Gewichte im Land ausmachen zu können. Er geht davon aus, dass es zu einem Sturz Putins aus dem Machtzirkel selbst kommen werde. Was danach kommt, bleibt bei ihm unklar.

Eine dritte Gruppierung repräsentiert bereits eine andere Generation und eine andere Art von Reichtum. Es ist das Unternehmer*innentum, das im Kielwasser der räuberischen Privatisierungen, in Weiterführung von Unternehmen der Schattenwirtschaft in der späten UdSSR und/oder in neuerer

Zeit auf „normal-kapitalistische“ Weise entstanden ist. Politisch werden sie von kleineren Parteien, z.B. der Partei des Wachstums (Partija Rosta), vertreten. Ihr schwacher Punkt ist oft die Finanzierung ihrer Unternehmungen, da sie nicht mit den dominierenden oligarchischen Strukturen verbunden sind. Sie dürften es sein, die besonders von den Sanktionen getroffen werden – aber auch diejenigen, die ggf. von einer forcierten Importsubstitution profitieren könnten. Das sind auch die Gruppen, die von der aus Teilen der akademischen Eliten heraus geforderte „Neue Industrialisierung 2.0“ oder auch „4.0“ unterstützen.

Wenn überhaupt, haben in dieser Gruppierung auch die Teile der geistigen Eliten, die eine sozialstaatliche Variante befürworten, ihre Ansprechpartner*innen. Ist die erwähnte Akademie für Volkswirtschaft die Basis der Neoliberalen, so findet sich diese Strömung z.B. in der Akademie der Wissenschaften (AdW), etwa dem Institut für Ökonomie (hier vor allem Ruslan Grinberg mit einer eigenen und teilweise aus hiesiger Sicht eigenartigen Interpretation sozialstaatlicher Ansätze) oder im Europa-Institut. Nicht zuletzt war es die AdW, deren Präsidium eine in der Form nicht zu erwartende [Erklärung](#) gegen den Krieg in der Ukraine verabschiedet hatte. Der Chef des Europainstitutes der AdW, Aleksej Gromyko, wurde neben anderen aus dem Beirat des Sicherheitsrates der Russischen Föderation [abberufen](#), offiziell wegen einer notwendigen Erneuerung der Körperschaft. Tatsächlich jedoch war diese Veränderung Ausdruck der Abkehr von einer außenpolitischen Tendenz, die die russländischen Interessen in Beziehungen zu denen der „westlichen Welt“ setzte und auf einen Ausgleich orientiert war. Noch im November 2021 [warnte er](#) vor der Militarisierung der internationalen Beziehungen und der Gefahr „nichtintendierter militärischer Konflikte zwischen den Atommächten.“ Dominierend werden demgegenüber Auffassungen, die Russland in einem Krieg zwischen der (westlichen) „Zivilisation des Todes“ und einer eigenen „Zivilisation des Lebens“ sehen, wie es am 11. März in einem Sprachrohr dieser Richtung, dem [„Militärisch-industriellen Kurier“](#), heißt.

Zu den Elitenströmungen muss man auch die „systemische Opposition“, d.h. die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die Partei Gerechtes Russland und die Liberaldemokraten zählen. Die KPRF und der mit ihr verbundene „linkspatriotische“ Block versuchen mit einer [scheinrevolutionären Rhetorik](#), den Krieg mit einem vom Präsidenten verordneten sozialistischen Umsturz gegen die verbliebenen Oligarchen in Verbindung zu bringen. Das mag von außen grotesk wirken, und bindet aber ein mögliches Protestpotenzial. Für die Zukunft, so wenigstens die bereits erwähnte [Politologin Tatiana Stanovaya](#), würden diese Parteien aber ihre Existenzberechtigung verlieren, da sie mit ihrer Unterordnung unter die von Putin betriebene Politik keine Alternative zum herrschenden System sichtbar machen können.

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück: Angesichts dieser Konstellation ist völlig offen, ob sich handlungsfähige Alternativen zur Putin-Gruppierung herausbilden können. Jeder Aufruf zum „Sturz“ mag moralisch nachvollziehbar sein, aber die Realisierbarkeit ist unklar. Trotzdem geht z.B. Andreas Umland davon aus, dass ein Regimewechsel bevorstünde: „Zurzeit ist noch schwer zu sagen, wann und wie das jetzige Regime zusammenbricht. Aber es befindet sich schon auf der Zielgeraden. Die ökonomischen, sozialen und außenpolitischen Probleme für Putin akkumulieren sich in den vergangenen Wochen. Daher ergibt es immer mehr Sinn, jetzt schon Szenarien und Maßnahmenpakete für einen Regierungs- und Regimewechsel in Moskau zu entwickeln.“ (Welt+ am 30.03.2022) Die Fixierung auf einen „Sturz Putins“ verbaut allerdings eher den Weg zu einer Lösung der Krise – und das soll sie wohl auch. Umland formuliert seine Position aus der für den Westen typischen paternalistischen Position gegenüber Russland und wird in Russland selbst damit eher gegen einen Systemwechsel wirken. Aber das sei hier dahingestellt. Wie viele andere Stimmen aus selbst gegensätzlichen politischen Lagern lässt er die Frage offen, wer eigentlich den Umsturz realisieren sollte. Natürlich ist eine Palastrevolte immer möglich – aber was käme danach? Somit

muss man daneben auch noch andere Strategien der weiteren Zusammenarbeit mit Russland entwickeln, gerade von links.

März/April 2022